

GAZA: Friedensplan muss PalästinenserInnen Schutz vor Genozid, Vertreibung und Apartheid garantieren und zu ihrem Recht verhelfen

Im Gazastreifen schweigen endlich die Waffen. Die Waffenruhe ist jedoch zerbrechlich. Trumps „Friedensplan“ ist nicht geeignet, nachhaltigen Frieden zu bringen. Er orientiert sich nur an israelischen Interessen und hat koloniale Züge. Anstelle von Selbstbestimmung sollen die PalästinenserInnen eine Fremdverwaltung erhalten. Das Recht auf Sicherheit wird allein Israel zugestanden. Dabei bleibt die palästinensische Bevölkerung in hohem Maße bedroht, erneut Bomben, Vertreibung, Hunger ... ausgesetzt zu werden.

Nötig wären ein dauerhaftes Ende der Blockade, der Schutz der Bevölkerung sowie konkrete Schritte gegen Besatzung, Apartheid und Völkermord.

Viele Menschen versuchen nun in ihre Wohngebiete zurückzukehren. Ihre Häuser sind jedoch zum großen Teil zerstört. Die Situation im Gazastreifen ist katastrophal und die Hungersnot weiterhin groß. Das Gesundheitssystem liegt am Boden und die meisten Krankenhäuser sind zerstört.

Mehr als 80.000 Menschen wurden direkt Opfer israelischer Angriffe. Tausende erlagen später ihren Verletzungen oder starben an Hunger und unbehandelten Krankheiten. Auch wenn die Waffen schweigen droht das Sterben weiterzugehen.

Israel muss nun die ungehinderte Einfuhr und Verteilung von Lebensmitteln, Medikamenten, Treibstoff und Wiederaufbaumaterial in allen Teilen des besetzten Gazastreifens ermöglichen. Es muss zusammen mit UN- und Hilfsorganisationen auch für die rasche Wiederherstellung grundlegender Dienstleistungen sorgen, um das Überleben der Bevölkerung zu sichern, die durch Hunger, wiederholte Wellen von Massenvertreibungen und zerstörerischen Bombardements extrem geschwächt ist.

Fragile Waffenruhe

Vereinbart ist bisher neben der Waffenruhe nur der Austausch von Gefangenen und die Öffnung der Grenzen für Hilfslieferungen. Die nächsten Schritte Richtung Frieden müssen noch verhandelt werden. Eine Einigung ist ungewiss. Israelische Truppen besetzen noch immer mehr als die Hälfte der verwüsteten Enklave, bereit jederzeit wieder anzugreifen.

Nach Trumps „Friedensplan“ würden sie auch am Ende in einer Pufferzone rund um den Gazastreifen verbleiben, wodurch die Lage für seine Bewohner schlimmer wäre als vor dem 7. Oktober 2023.

Die Hamas und die anderen palästinensischen Organisationen werden unter diesen Bedingungen ihrer Entwaffnung kaum zustimmen. Schließlich hat das ultra-rechte Netanyahu-Regime sich dem massiven Druck von US-Präsident zwar gebeugt, Äußerungen von Regierungsmitgliedern zufolge sind die bisherigen



Pläne, wie die weitgehende Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, damit noch nicht begraben.

Ursachen von Gewalt beseitigen!

Der vorgeschlagene Friedensplan ignoriert das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und sieht kein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung vor. Nahezu alle vorgesehenen Maßnahmen, von der vollständigen Entmilitarisierung des Gazastreifens bis hin zu israelisch kontrollierten „Sicherheitszonen“, werden explizit im Namen israelischer Sicherheitsinteressen formuliert. Obwohl die Opfer des Konfliktes stets überwiegend PalästinenserInnen sind, enthält der Plan nichts zu ihrem Schutz, keine Wege zur Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung und Apartheid. Er ist eine Blaupause für ihre Unterwerfung.

Amnesty International schreibt dazu:

Ein Plan, der die Fehler und Misserfolge früherer Initiativen wiederholt, bei denen die Menschenrechte und die Ursachen des Unrechts ignoriert wurden, wird eine gerechte und nachhaltige Zukunft für alle in Israel und in dem besetzten palästinensischen Gebiet lebende Menschen nicht sicherstellen können.

Nach zwei Jahren beschämender Doppelmoral und Vetos, die den UN-Sicherheitsrat lähmten, während per Livestream ein Völkermord in die ganze Welt übertragen wurde, ist es an der Zeit, diesen Horror zu beenden, heilen zu lassen, was noch heilen kann, und zu retten, was von unserer gemeinsamen Menschlichkeit noch übrig ist."

Internationale Verantwortung: Straffreiheit beenden!

Um den Kreislauf von Leid und Gräueltaten zu durchbrechen, muss die seit langem bestehende Straffreiheit für die immer wiederkehrenden Menschenrechtsverletzungen in Israel und dem besetzten palästinensischen Gebiet beendet werden.

Alle Staaten müssen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen und die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Genozid zur Rechenschaft ziehen.